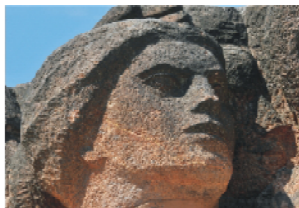
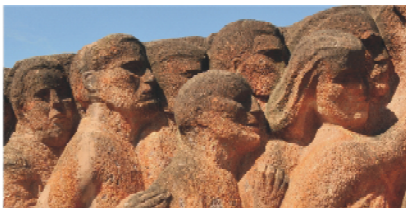


Klassenkampf in Chemnitz



1919 im August

Karlheinz Schaller



**Gegen Antisemitismus, Revanchismus, Militarismus
und Konterrevolution!**

Für Frieden, soziale Gerechtigkeit, Freiheit und Demokratie!

**Das Denkmal am Chemnitzer Hauptbahnhof,
geschaffen vom Chemnitzer Bildhauer Hanns Diettrich,
erinnert an die Ereignisse im August 1919
und mahnt uns bis heute, 100 Jahre danach.**

Klassenkampf
in Chemnitz
1919 im August

Von Karlheinz Schaller

Vorwort

Bereits 2003 erschien im Verlag für Regionalgeschichte Bielefeld, Herausgegeben von der Industrie Gewerkschaft Metall Chemnitz, unterstützt von der Friedrich Ebert Stiftung, der zweite Band der Geschichte der Chemnitzer Arbeiterschaft von Karlheinz Schaller, unter Mitarbeit von Dieter Siegert. Unter dem Titel *Radikalisierung aus Verzweiflung* wurde akribisch die Zeit vom Ersten Weltkrieg bis zur Inflation, also die Jahre 1914 bis 1923, aufgearbeitet.

Mehr als zehn Jahre später wurden die historischen Ereignisse insbesondere des Ersten Weltkrieges, der deutschen Kapitulation und vor wenigen Wochen auch der Abschluß des Versailler-Vertrages in der Öffentlichkeit neu thematisiert. In teils kontroversen Debatten wurde die Geschichte besprochen und neuen Bewertungen unterzogen, die durchaus fragliche Schlußfolgerungen hinterließen. Da waren z. B. die Neubetrachtung der deutschen Kriegsschuld und die Sicht auf den Friedensvertrag von Versailles. Auch in Chemnitz beteiligten sich verdienstvolle Akteure an dieser Aufarbeitung, wenn auch unter einer lokal, ganz anderen Sicht, und doch mit weit über die Stadtgrenzen ragenden Zielen. Unter der Überschrift *„14-18 WAR WAS. Geteilte Erinnerungen“* gab es zahlreiche Veranstaltungen und Aktivitäten. Besonders zu nennen hierbei die über vier Jahre andauernde monatliche Präsentation jeweils eines zeitgenössischen Photos mit Bezug zu Chemnitz im Kulturkaufhaus DASTietz, *„Mit Lichtgeschossen: Hundert Jahre nach dem Ersten Weltkrieg,“* flammt eine Auseinandersetzung mit der Urkatastrophe (George Kennan) auf. Auch in deutschen Kulturkreisen wird dieses dramatische Erleben aus dem Verdrängten ans Tageslicht gefördert. Die Auseinandersetzung wird das kollektive Gedächtnis neu konstituieren; die Wissenschaft hat miterneutem Forschen, Aufarbeiten bereits begonnen. Im Projekt *„14-18 WAR WAS. Geteilte Erinnerungen“* gehtes um das Ausgraben und die Gewinnung von Erkenntnissen und Gefühlen in lokalen Kontexten, aber der zentrale leitende Gedanke ist, was bedeutet dies für das Zusammenwirken der Staaten heute? Für den europäischen Gedanken? Es wird sich zeigen, ob es ein konvergierendes Zusammenarbeiten und Denken der Staaten und Kulturgemeinschaften geben wird, was auch zur Generierung einer tatsächlichen europäischen Öffentlichkeit beitragen kann. ...“ so das Anliegen der Initiatoren.

Leider gibt es zu denen auf das Ende des Weltkriegs folgenden Ereignissen, der Aufstände derer, die am meisten unter der Last des Krieges litten, den revolutionären Bewegungen und der Versuche, Deutschland in eine demokratische Staatsform zu überführen, keine ähnlich angelegten Veranstaltungen oder Initiativen. Dabei sind, im Positiven wie auch im Negativen, die Ereignisse der Jahre 1919 bis 1923 ebenso entscheidend für die Geschichte unseres Landes, wie deren Ausgangs-

punkt 1914. Einige der Ursachen für das Scheitern der Weimarer Republik sind bereits zu ihrer Gründung unübersehbar präsent. Der Konflikt innerhalb der republikanisch-revolutionären Kräfte, die Freikorps und die Reichswehr mit ihrer Vorgeschichte bei der brutalen und blutigen Niederschlagung der Revolution im gesamten Reich sowie die fragwürdige Haltung der Reichs-Führung der SPD und der Reichsregierung bzgl. der Entwicklung einer demokratischen Ordnung, sind wohl besonders zu berücksichtigen.

Mit der heute immer wieder gestellten Frage angesichts neu aufstrebender Gruppierungen, die unsere demokratische Ordnung und die zivilisierte gewaltfreie Gesellschaft in Frage stellen, die den inneren Frieden bekämpfen und durchaus erfolgreich versuchen, Teile der Bevölkerung gegeneinander auszuspielen, ob sich Geschichte wiederholt - ob wir mit dem Blick in die historischen Ereignisse nicht Blaupausen für die Gegenwart in den Händen halten, haben wir uns nochmals der Geschehnisse im August 1919 angenommen und meinen, daß sie gerade unter dem Gesichtspunkt der Gefahr einer Wiederholung betrachtet werden sollten. Zum Geschehen an sich läßt sich nicht viel finden, wenn man mit den heute üblichen Methoden das Internet befragt. Lediglich zweifelhaft, fragwürdige Bemerkungen befinden sich in einem Internetauftritt namens „Chemnitztour“. Dabei waren die Tage vor 100 Jahren ein Schlüsselereignis für die Politik in Chemnitz. Nicht nur, daß die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, die Unabhängigen Sozialdemokraten als auch die Kommunisten sich geschlossen gegen den Einsatz der Reichswehr stellten, sondern der Ausgangspunkt der Ereignisse, antisemitische-antijüdische Hetze und Ausschreitungen, wurde der geballte Widerstand des Arbeitermilieus entgegengesetzt und dies mit Erfolg, trotz der Opfer.

Dieses politisch interessierte Milieu läßt sich in relevanter Stärke heute in Chemnitz nicht mehr finden, ein großer Teil der Bevölkerung gibt sich, so wie andere Kräfte der Gesellschaft unpolitisch, was wohl zu den größten Herausforderungen zählt, wenn es gilt, modernen antidemokratischen Erscheinungen entgegenzutreten zu wollen. Somit sind wir also unserem Freund Karlheinz Schaller ausgesprochen dankbar, daß er uns seine Arbeit zur Verfügung stellt und die erneute Beschäftigung mit der Thematik begrüßt. So ermöglicht er uns den detaillierten Blick in die Geschichte. Hanns Diettrich, der 1905 in Jahnsdorf geborene Bildhauer, schuf uns ein Denkmal für die Augustkämpfer, daß noch immer die Besucher unserer Stadtauf dem Bahnhofsvorplatz empfängt.

Wir hoffen, daß unsere kleine Veröffentlichung und die Ehrung am Denkmal am 8. August 2019 dazu beitragen, sich mit der Geschichte und den Anforderungen unserer Tage neu zu befassen.

Enrico Hilbert, Verband der Verfolgten des Naziregimes Chemnitz.

Ein schwarzer Freitag – Die Reichswehr in Chemnitz

Am 8. August 1919 kam es um den Chemnitzer Hauptbahnhof zu einer regelrechten Straßenschlacht zwischen Chemnitzern, vor allem Arbeitern, und drei Bataillonen der Reichswehr, die mit der Eisenbahn aus Döbeln, Leisnig und Zeithain heran geführt wurden. An Todesopfern gabes 36, davon 14 Zivilisten und 22 Militärs. Die Zahl der Verwundeten muß weit über 100 betragen haben.¹ Noch nie war es in der Stadt zu einem vergleichbaren Gemetzel gekommen. Scharf geschossen hatte Militär des eigenen Landes nur im September 1848, als sächsische Einheiten eine Revolte niederschlugen und einen Zivilisten töteten. Später bleib es höchstens bei Drohgebärden wie im Oktober 1915. Über kaum einen anderen Tag in der langen Chemnitzer Geschichte dürfte soviel Papier beschrieben und dürften so viele Reden gehalten worden sein, wie über diesen schwarzen Freitag im August 1919. Es gab zahllose Zeitungsartikel, später eine Broschüre und wissenschaftliche Abhandlungen, einen Parlamentsantrag in der Nationalversammlung, einen solchen in der sächsischen Volkskammer mit anschließender umfänglicher Debatte und Stellungnahmen von Ministern, eine Fülle von Polizei- und Erinnerungsberichten, Stellungnahmen der Parteien und nicht zuletzt einen Untersuchungsausschuß mit insgesamt fünf Berichten. Gerade weil eine solche Fülle von Zeugnissen zur Verfügung steht, ist es außerordentlich kompliziert, die Vorgänge in ihrem tatsächlichen Ablauf zu rekonstruieren und in die Gesamtzusammenhänge einzuordnen. Alle Fakten werden in jeder Äußerung anders dargestellt, ganz zu schweigen von der gegensätzlichen Bewertung. Die Auflösung des kaiserlichen Heeres und die Etablierung der militärischen Macht in Gestalt von Freicorps und dann der Reichswehr tragen im Kern die Tragödie der deutschen Revolution von 1918/19 und die Geburtskrankheiten der Weimarer Republik in sich.

Zunächst kam es am Abend des 10. November 1918 zu jenem bekannten, damals natürlich geheimen, Bündnis zwischen dem gerade zum Vorsitzenden des Rates der Volksbeauftragten, des obersten Revolutionsorgans, ernannten SPD-Vorsitzenden Friedrich Ebert und General Gröner, dem Generalquartiermeister der Obersten Heeresleitung. Das alte Heer, das auf der Wehrpflicht beruhte, löste sich zu großen Teilen auf. Versuche, es doch noch gegen Arbeiter- und Soldatenräte oder gegen revolutionäre Truppenteile einzusetzen, wie am 24. Dezember 1918 in Berlin gegen die Volksmarinedivision, scheiterten. So auch in Chemnitz am 08. Dezember 1918. Gegen Mittag rückte ein Ulanenregiment in der Stadt ein, daß hier seine Heimatkaserne hatte. Der Arbeiter- und Soldatenrat schickte ihm eine Abordnung zur Begrüßung entgegen. Der Regimentskommandeur handelte wahrscheinlich auf eigene Rechnung und glaubte, mit dem Rätespuk in der Stadt aufräumen zu können. Er ließ die Abordnung verhaften. Doch brach der Putsch

nach wenigen Stunden zusammen, da sich die Chemnitzer energisch zur Wehr setzten und die Ulanen wohl auch nicht bereit waren, auf Bewohner ihrer Garnisonsstadt zu schießen.

Chemnitz blieb dann für acht Monate von solchen militärischen Eskapaden verschont, nicht aber andere Territorien und Städte des Reiches. Da die alten Truppen als innenpolitisches Instrument versagten, steuerte die Oberste Heeresleitung, in Absprache mit Ebert, auf dessen völlige Demobilisierung und auf die gleichzeitige Neuformierung einer Freiwilligenarmee. Am 06. Januar 1919 nahm dann die Entwicklung der militärischen Angelegenheiten eine Wendung, die im Nachhinein für Chemnitz besondere Bedeutung erlangen sollte und in der Arbeiterschaft der Stadt für böses Blut sorgte. Gustav Noske wurde zum Oberbefehlshaber benannt. Es war jene Sitzung, in der er nach seiner eigenen Schilderung der Ernennung mit den berüchtigten Worten zustimmte: „Meinetwegen! Einer muß der Bluthund werden, ich scheue die Verantwortung nicht“ [Dokument 1]. Ohne auch nur den ernsthaften Versuch zu machen, die gesamte Arbeiterschaft auf den Weg in die Republik mitzunehmen, sondern diese ständig provozierend, gebrauchte die Revolutionsregierung die Freicorps als innenpolitisches Instrument, um jede Regung zum Weitertreibender Revolution militärisch niederzuschlagen. Aus diesen Truppen wurde dann seit März 1919 eine vorläufige Reichswehr und seit Oktober die Reichswehr formiert.²

Hass gegen die neue Republik

Man sollte denken, eine Revolutionsregierung, seit Ende Januar 1919 eine demokratisch gewählte, unternimmt zumindest den ernsthaften Versuch, eine Armee zu schaffen, die jene Gesellschaft mitträgt, die man in der Revolution anstrebt, also in diesem Fall eine auf Vorstellungen der Demokratie eingeschworene Streitmacht. Aber nichts dergleichen geschah. Der Kern der Truppen ging aus dem kaiserlichen Offiziers- Unteroffizierscorps hervor, dazu kamen neu geworbene Freiwillige. Hoch war der Anteil von sehr jungen Frontoffizieren und Studenten. Ihre Wertvorstellungen waren bei Kriegsende zusammengebrochen. „Ihrer kühnsten Träume beraubt, richtete sich ihr ganzer Haß gegen die neue Republik.“³ Alle Bevölkerungsschichten waren vertreten, aber nur ein verschwindend geringer Teil aus der Arbeiterschaft. Es herrschte ein ausgesprochen nationalistischer, kaisertreuer und demokratiefeindlicher Geist. Die Soldaten sollten offiziell auf die vom „Volke gewählte Regierung“ vereidigt werden. Oft wurde das ignoriert und man ließ die Soldaten auf den Kommandeur der Einheit schwören, Verhältnisse die weit mehr an das Kondottierewesen des späten Mittelalters als an Streitkräfte eines neuzeitlichen Staates erinnern. Gerade zu bezeichnend für die Gesinnung in diesen Streitkräften ist, daß jener Mann, der 1933 maßgeblich an

der Liquidierung der Weimarer Republik beteiligt war, der damals noch völlig unbekannte Gefreite Hitler im Auftrag des Münchner Wehrkreiskommandos in die Deutsche Arbeiterpartei eintrat, aus der wenig später wiederum mit Reichswehrunterstützung die NSDAP hervorging.

Diese Armee schoß im ersten Halbjahr 1919 den Weg für die Weimarer Republik frei. Ströme von Blut flossen mehrmals in Berlin, in Bremen und anderen Städten Nordwestdeutschlands, in Sachsen, Thüringen, in der preußischen Provinz Sachsen, im rheinisch-westfälischen Industriegebiet und in München. Die Morde an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht am 15. Januar 1919 sind nur die Spitze eines Eisberges, wobei keiner der Mörder eine angemessene gerichtliche Bestrafung fürchten brauchte. Zu der Zeit als die drei Reichswehrbataillone in Chemnitz einrückten, es war eine Woche nach der Annahme der Weimarer Verfassung durch die Nationalversammlung und drei Tage vor deren Inkrafttreten, war Deutschland „befriedet“, zumindest hatte die Reichswehr nirgendwo ernsthaften militärischen Widerstand zu fürchten. Die Truppen waren aus einem völlig anderem Grund beunruhigt, Generäle, Offiziere und Mannschaften gleichermaßen äußerst nervös und reizbar. Mitte Juni befanden sich im Bestand der vorläufigen Reichswehr 22 große und 18 kleine Brigaden mit einer Gesamtstärke von 422 000 Mann, wovon etwa die Hälfte zur Bekämpfung des „inneren Feindes“ strukturiert und ausgerüstet war. Am 28. Juni 1919 wurde der Friedensvertrag zu Versailles unterzeichnet. Das deutsche Landheer, so schrieb es der Vertrag vor, sollte auf 100 000 Mann reduziert werden. Mehrere hunderttausend Offiziere und Mannschaften mußten also mit ihrer Entlassung rechnen. Sie gingen, wie Noske das formulierte, „einer ungewissen Zukunft entgegen“ und konnten nicht „vor schwerer Sorge und Not“⁴ bewahrt werden. Es ist wohl kein Wunder, daß in dieser Situation die Truppen noch einmal versuchten, ihre Unentbehrlichkeit im Kampf gegen den „inneren Feind“ zu beweisen. Unter Arbeitern aber, keineswegs nur unter kommunistisch gesinnten, machten sich die Reichswehrtruppen verhaßt. Sie blieben in der Weimarer Republik ein Fremdkörper und ein oft nur schwer berechenbarer Faktor. Das war durchaus anders als die Haltung von Arbeitern zum kaiserlichen Vorkriegsheer. Dort haßte man das militärbürokratische System, nicht aber das Heer an sich, in dem schon die Väter und Großväter gedient hatten und das keine Blutbäder unter den eigenen Landsleuten anrichtete.

In Chemnitz kam es seit Juli 1919 zu Unruhen, die sich Anfang August verstärkten. Mit dem spontanen „Butterkrieg“ vom Oktober 1915 kann man sie kaum vergleichen, obwohl auch jetzt Forderungen nach besserer Lebensmittelversorgung im Vordergrund standen. Sie gingen mit einem für die Stadt in solchen Dimensionen bislang völlig unbekanntem militantem Antisemitismus einher.⁵ Aus dem Hintergrund geschürt wurde dieser von völkischen Gruppen im

Umfeld der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP). Dieser Zusammenhang spiegelt sich in den einander sonst so heftig widersprechenden Darstellungen, in Polizeiberichten und regierungsoffiziellen Verlautbarungen wieder. Eingehend befaßte sich Max Müller in der sächsischen Volkskammer am 11. Februar 1920 damit, als er auf Auslassungen seines Chemnitzer Deutschnationalen Parlamentarierkollegen Beutler antwortete: „Die antisemitische Agitation hat sich in den Versammlungen ausgetobt. Aber hier möchte ich noch hinzufügen, dieser Agitation stehen die Deutschnationalen durchaus nicht fern.“⁶ Gerüchte wurden gestreut und Flugblätter verbreitet, wonach jüdische Schieber und Spekulanten an der Lebensmittelmisere schuld seien und die Arbeiter ihre jüdischen Führer endlich davon jagen sollten. In einem dieser Flugblätter [Dokument 2] wurden die Namen von 31 Führern der Arbeiterbewegung aufgezählt und hinter ihren Namen „Jude“ gesetzt, darunter Karl Marx, Ferdinand Lassalle, der damalige sächsische Ministerpräsident Georg Gradnauer und der Vorsitzende der sächsischen USPD Richard Lipinski. Hinter den Namen der Toten stand ein Kreuz, darunter die im Lauf des Jahres 1919 bereits ermordeten Karl Liebknecht, Kurt Eisner, Eugen Leviné und, nur mit Vornamen Rosa, die Luxemburg, das Idol deutscher Arbeiter, deren verwesene Leiche nur zwei Monate zuvor aus dem Berliner Landwehrkanal gezogen wurde. Die Botschaft ließ an Klarheit nichts zu wünschen übrig. Hugo Haas, der auf dem Flugblatt zuerst genannte, langjähriger Vorsitzender der SPD und jetziger der USPD, fiel wenige Wochen später einem Mordanschlag zum Opfer. Antisemitismus und Verfolgungswahn gegen die Sozialdemokratie waren vor dem Krieg nie bis zur offenen Mordaufforderung an jüdischen Arbeiterführern gegangen. Der Krieg hatte aber auch in Chemnitz sehr viele Menschen aus der Bahn geworfen und moralische Hemmschwellen gesenkt, sodaß im Juli noch relativ Wenige, Anfang August wohl einige Tausend unter antisemitisch gefärbten Losungen auf die Straßen gingen. Die drei Arbeiterparteien wandten sich gegen diese Demonstrationen. Als sich am 7. August die Ereignisse zuzuspitzen begannen, verbreiteten die Chemnitzer Kommunisten einen Aufruf, in dem sie ihre Anhänger ausdrücklich vor der Beteiligung warnten. „Laßt euch nicht provozieren“, hieß es dort.⁷ Genauso die Sozialdemokraten: „Die hungernde Menge soll auf die Juden gehetzt werden. ... Wir mahnen die Bevölkerung, sich von solchen Elementen nicht benutzen zu lassen.“⁸ Am gleichen Tag setzten sich Chemnitzer Sozialdemokraten mit allem Nachdruck von der Vorgehensweise der sozialdemokratischen Regierungen in Reich und Land, vor allem Reichswehrminister Noske ab. In einem Artikel der Volksstimme warnten sie die Verantwortlichen „vor der Illusion, man könne mit Maschinengewehren Versorgungsprobleme lösen.“⁹

Vorspiel der Eskalation

Der 7. August brachte das Vorspiel der Eskalation. Wieder kamen zu Lebensmittel-demonstrationen. Abordnungen der Demonstranten verhandelten mit Polizeidirektor Schwamkrug, Bürgermeister Hüppner und Oberbürgermeister Hübschmann¹⁰ und forderten die zusätzliche Herausgabe von Butter, Zucker und Kartoffeln. Gerüchte gingen um, in verschiedenen Läden seien große Lebensmittel-mengen gehortet. Die Menge drang in diese ein, ohne allerdings zu plündern. In verschiedenen „besseren Gaststätten“ suchte man „jüdische Lebensmittelschiebern und Wucherer“.¹¹ Gefangene wurden aus dem Gefängnis auf dem Kaßberg befreit. Die Erregung steigerte sich, als in Chemnitz stationierte Reichswehrtruppen in das Geschehen eingriffen. Gegen 19.00 Uhrerschien eine Einheit mit ca. 50 Mann im Stadtzentrum. Im Polizeibericht heißt es dazu: „Als sich die Soldaten auf dem Markt vor dem Neuen Rathaus schußfertig machen wollten, wurden sie sofort von der Menge umringt und auseinander gedrängt.“¹² Vor dem Hotel Stadt Gothavielein Schuß. In der Wettinerstraße wurden durch den Wurf einer Handgrana-te mindestens acht Personen verletzt. Nach anderen Berichten gab es zwölf Verwundete, darunter vier Kinder, zudem ein totes Kind. In beiden Fällen wurden die Verursacher nie ermittelt. Die Stimmung erhitzte sich bis zum Siedepunkt, eine Katastrophe drohte.

Reichswehrkompanie verweigerte Gehorsam

Jetzt endlich trat die organisierte Arbeiterbewegung, wohl die einzige Kraft, die in der Lage war, die explosive Situation zu entspannen und größeres Blutvergießen zu verhindern, auf den Plan. Die drei Parteien, die SPD, die USPD und die KPD, riefen die Vertrauensleute der großen Chemnitzer Firmen zu einer Beratung in die „Linde“.¹³ Dort wählten die Betriebsdelegierten einen Dreizehner-ausschuß. Der Vorsitz wurde paritätisch besetzt durch Ernst Schönrock (SPD), Otto Kropf (USPD) und Alfred Wüstner (KPD). Von bekannteren Persönlich-keiten gehörten dem Ausschuß an: Joseph Siegnoth (SPD), seit 1926 Landtagsab-geordneter seiner Partei und von 1928 bis 1933 Chemnitzer Arbeitsamtsdirektor, der Stadtverordnete Paul Gubisch (KPD) sowie Arno Bruchardt (USPD), der noch im gleichen Jahr eine Broschüre über die Ereignisse verfaßte.¹⁴ Die Versamm-lung beschloß, der Dreizehnerausschuß solle am nächsten Morgen mit der Stadt-verwaltung über die Beilegung der Unruhen verhandeln. Noch in der Nacht ver-hängte der militärische Oberbefehlshaber Bock von Wülfringen den verschärften Belagerungszustand, der am 8. August um 8.00 Uhr beginnen sollte.

Die Unruhen setzten sich am nächsten Morgen fort. Laut Polizeibericht erzwan-gen junge Burschen auf dem Brückenmarkt die Herabsetzung der Preise. Zur

gleichen Zeit zogen die Arbeiter der Chemnitzer Großbetriebe geschlossen zum Königsplatz. Dort teilte ihnen ein Vertreter des Dreizehnerausschusses mit, Verhandlungen mit der Stadtverwaltung seien in Gang gekommen, man solle in die Betriebe zurück gehen, um 14.00 Uhr würde das Verhandlungsergebnis auf dem gleichen Platz bekannt gegeben. Diszipliniert wie sie gekommen waren, gingen tausende Arbeiter wieder an ihre Arbeitsplätze. Bemerkenswert aber ist: Während der ganzen Zeit ließen sich trotz des verschärften Belagerungszustandes keine Armeeeinheiten in der Stadt sehen. Von Wülfigen wußte, was die Reichswehr im Hintergrund vorbereitete und hielt daher seine Truppen zurück. Es gibt aber auch Anzeichen dafür, daß Teile der in Chemnitz stationierten Gruppen „unzuverlässig“ waren, d.h. nicht bereit waren, gegen die Bevölkerung der eigenen Garnisonsstadt vorzugehen. In der Ebersdorfer Kaserne war inzwischen ein Sicherheitsbataillon der Reichswehr stationiert. Dieses erhielt am frühen Morgen des 8. August den Befehl, mit 80 Mann der Bereitschaftskompanie den Hauptbahnhof zu besetzen. Die Kompanie verweigerte den Befehl!¹⁵ Es gab unter jenen, die sich zu den Freikorps bzw. zur Reichswehr gemeldet hatten, auch zahlreiche junge Leute, die den Terror gegen die eigene Bevölkerung psychisch nicht verkrafteten. Auch die Offiziere kann man keineswegs alle mit jenem Hauptmann Papst gleichsetzen, der den Mord an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg zu verantworten hatte. Von Fritz Heckert, der fürchtete, auf der „Flucht“ erschossen zu werden, ist beispielsweise bekannt, daß er zwei ihm bekannte Reichswehroffiziere um Begleitschutz bat, als er im September 1919 aus der Festung Königstein entlassen wurde. Diese brachten ihn sicher nach Pirna.¹⁶

Über den Verlauf der mehrstündigen Verhandlungen zwischen Ausschuß und Stadtverwaltung schweigen die Quellen, aber das Ergebnis ist bekannt. Beide Seiten waren Verbündete und am Heraushalten der Reichswehr interessiert. In einem gemeinsamen Schreiben an das Dresdener und Chemnitzer Reichswehrkommando forderten sie die sofortige Aufhebung des verschärften Belagerungszustandes, ein Ausgehverbot für die Reichswehreinheiten und die Zurückziehung derauswärtigen Truppen. Die „Arbeiterführer“ so hießes in dem Schreiben, „haben sich dann, wenn diesen Wünschen entsprochen wird, für Aufrechterhaltung der Ordnung in der Stadt verbürgt, anderen Falls aber die Verantwortung für Unruhen abgelehnt“ [Dokument 3]. Man kann sicher sein, daß der Dreizehnerausschuß willens und in der Lage war, diese Zusicherung zu halten. Die Unruhen hätten sich gelegt und der antisemitische Spuk aus der Öffentlichkeit zurückgezogen.

Arbeiterparteien und Stadtverwaltung machten aber die Rechnung ohne die Reichswehrkommandeure, die nicht ohne Wissen von Regierungsstellen - vor allem des Reichswehrministers - handelten. Inzwischen waren drei Reichswehr-

bataillone, offensichtlich im Bürgerkrieg kampferprobte Einheiten, unter dem Kommando eines Hauptmannes Hilbert, auf dem Chemnitzer Hauptbahnhof eingefahren. In offiziellen Verlautbarungen der sächsischen Regierung hieß es später stets, die Bataillone hätten auf dem Hilbersdorfer Bahnhof ausgeladen werden sollen, um in der Ebersdorfer Kaserne stationiert zu werden. Die Widersprüche in der Argumentation dazu nahmen kein Ende. Justizminister Rudolf Harnisch behauptete in einer Denkschrift seines Ministeriums, „Ein jugendlicher Angestellter der Linienkommandantur in Dresden habe eine Änderung des militärischen Befehls herbeigeführt, der anordnete, in Hilbersdorf solle ausgeladen werden.“¹⁷ Andere schoben es auf einen subalternen Eisenbahner. Innenminister Otto Uhlig berief sich in seiner Stellungnahme vor dem sächsischen Parlament am 29. Januar 1920 auf ein Dokument der Generaldirektion der Staatseisenbahnen, daß umständlich darlegte, warum es aus eisenbahntechnischen Gründen unmöglich gewesen sei, die Truppenzüge nach Hilbersdorf zu leiten.¹⁸ Im Innenministerium wußte man aber schon vor dem blutigen Geschehen, daß die Truppen keinen Befehl hatten, vom Bahnhof Hilbersdorf friedlich in die Kaserne zu marschieren. Ein Mitarbeiter des Ministeriums nahm am 8. August um 12.50 Uhr den Anruf eines Oberleutnants des Reichswehrkommandos Abteilung Ia entgegen. In der Aktennotiz, die er verfaßte, heißt es: „Mit der Herstellung der Ordnung in Chemnitz ist der Stab der 2. Grenzjäger Reichswehr-Brigade Nr. 19 beauftragt worden.“¹⁹ Zu denken geben auch die genauen Ankunftszeiten der beiden Truppenzüge, die in offiziellen Berichten sehr stiefmütterlich behandelt wurden. Nur die Hauptbahnhofswache des Chemnitzer Polizeiamtes notierte sie exakt, 11.31 und 13.32 Uhr. Hätte man nicht die erste Einheit inzwischen abziehen können, wenn man das gewollt hätte? Der Polizeioffizier der Bahnhofswache notierte aber, daß die Truppen erstaustiegen und sich postierten, „während die Versammlung auf dem Königsplatz abgehalten wurde.“²⁰ Es bleibt kein anderer Schluß: Die Truppen hatten Befehl in „Chemnitz Ordnung zu schaffen“ und waren exakt auf die Versammlung auf dem Königsplatz ausgerichtet. Beteuerungen wie die von Innenminister Uhlig, es sei „ein unheilvoller Zufall, daß das Eintreffen der Reichswehr mit der Demonstrationsversammlung auf dem Königsplatz zeitlich zusammenfiel“²¹, sind Verneblungsversuche, die von einigen Zeitgenossen durchschaut wurden, aber kaum widerlegt werden konnten. Sicher waren die Kommandeure der Auffassung, dem „Aufruhr“, wie es seit Januar so oft in Deutschland geschehen war, mit Waffengewalt beizukommen. Ein Blutbad war einkalkuliert.

Die Verhandlung von Stadtverwaltung und Dreizehnerkommission waren kurz nach 14.00 Uhr erfolgreich beendet, das schon erwähnte Schreiben an die Reichswehrkommandos abgeschickt. Die Ausschußmitglieder begaben sich zum Königsplatz, um dort den versprochenen Bericht zu geben. Sie waren sich ange-

sichts des Verhandlungserfolges sicher, die Versammelten beruhigen zu können. Der große Platz und die umliegenden Straßen waren prall mit Menschen gefüllt, die Kopf an Kopf standen. Die Ausläufer reichten bis an den Bahnhof. Die Massen waren inzwischen weit erregter als man annehmen konnte, vor allem, weil auf dem zwischen Bahnhof und Königsplatz gelegenen Gebäude der Staatslehranstalten, der heutigen Universität, ein „Entfernungsmesser“ angebracht worden war. Das war entweder ausgesprochene Dummheit oder eine Provokation, denn die Menge glaubte, es sie ein Maschinengewehr, was keineswegs völlig auszuschließen ist, schon weil Lehrkörper und Studenten der Anstalt zu den erklärtesten und aktivsten Gegnern des „Novemberumsturzes“ gehörten. Kurz vor 14.00 Uhr ließ Hauptmann Hilbert an den Türen des Hauptbahnhofes Posten und Maschinengewehre aufstellen. Offensichtlich wurde die Anwesenheit der Reichswehrtruppen von der Menge erst jetzt bemerkt. Als der Dreizehnerausschuß auf dem Königsplatz ankam, noch bevor er über das Verhandlungsergebnis berichten konnte fielen die ersten Schüsse. Nie ist geklärt worden, wer diese abgab. Jetzt war kein Halten mehr. Die aufgebrachte Menge stürmte den Bahnhof und brachte Waffen der Soldaten an sich. Die „Schlacht“ soll etwa drei bis vier Stunden gedauert haben. Mit solch massiver Gegenwehr hatte die Reichswehr offensichtlich nicht gerechnet. Sie erlitt, wie sogar das Sächsische Militärvereinsblatt konstatierte, „eine Schlappe schlimmster Art“²² Die Bataillone flüchteten, Tote und Verwundete, Waffen und anderes Heeresmaterial zurücklassend.

Danach gelang es dem Dreizehnerausschuß, das Heft des Handelns in die Hand zu nehmen. Er setzte sich mit von Wülfigen in Verbindung, um weiteres Blutvergießen zu vermeiden. Beide Seiten schlossen eine Übereinkunft, nach der die Truppen in den Kasernen bleiben und die Arbeiterparteien Ruhe und Ordnung sichern sollten. Der Ausschuß ließ die Waffen einsammeln und rüstete damit - im Einverständnis mit dem Garnisonskommando - Arbeiterwehren aus. Diese sorgten für die sichere Überstellung gefangener Soldaten und Offiziere in die Chemnitzer Kasernen. Sie beschlagnahmten geplündertes Reichswehrgut und gaben es zurück. Arbeitersamariter leisteten während und nach dem Kampf erste Hilfe für die Verwundeten beider Seiten, die in die Krankenhäuser der Stadt gebracht wurden. In der Nacht herrschte Ruhe, die man am Nachmittag schon ohne Blutvergießen hätte haben können.

„Der Feind steht rechts“

Am nächsten Tag veröffentlichte die „Volksstimme“ auf dem Titelbild einen Artikel, der wie kaum etwas anderes zeigt, wie weit sich einige Chemnitzer sozialdemokratischen Funktionäre von ihren Parteigenossen, die Regierungsämter wahrnahmen, inzwischen entfernt hatten; ja wie extrem gegensätzlich ihre Po-

sitionen in dieser zugespitzten Situation waren. Der Artikel forderte, „im Falle eines Angriffes der Reaktion auf die Revolution“ müsse „die Arbeiterschaft geschlossen zusammenstehen. Dieser Augenblick ist jetzt gekommen. Die Arbeiterschaft möge alle ihre Wachsamkeit anwenden und sich im jetzigen Augenblick nicht von kleinlichen Gründen leiten lassen: *Der Feind steht rechts!* Da gibt es nureingeschlossenes Links“ [Dokument 4]. Der Verfasser des Artikels ist unbekannt. Wahrscheinlich entstammt er der Feder von Chefredakteur Gustav Slekow. In Frage kommt aber auch Karl Böchel, seit Frühjahr Redakteur der „Volksstimme“.

Da sich Bock von Wülfigen außerstande erklärte, den verschärften Belagerungszustand aufzuheben, fuhr am 9. August eine Vertretung der Chemnitzer Dreizehnerkommission nach Dresden, um mit dem sozialdemokratischen Militärminister Bruno Kirchhof darüber zu verhandeln. Der Minister nahm nur kurz an den Gesprächen teil und versuchte, die Chemnitzer Ereignisse als eine von den Kommunisten provozierte Angelegenheit darzustellen. Als ihm Ernst Schönrock (SPD) entgegenhielt, auch Chemnitzer-SPD-Arbeiter würden gegen die Reichswehr stehen, soll er sehr beeindruckt gewesen sein²³, was allerdings zu bezweifeln ist, da er das ohnehin gewußt haben muß. General Müller, der als neuer Garnisonskommandant für Chemnitz vorgesehen war, gab schließlich mündlich die Zusage den verschärften Belagerungszustand aufzuheben, was er am Montag, dem 11. August, auch tat.²⁴ Daraufhin beschlossen die vom Dreizehnerausschuß zusammengerufenen Vertrauensleute der Großbetriebe, vom Generalstreik abzugehen, mit dem ihre Vertreter in Dresden gedroht hatten. Ebenfalls am 11. August rief Oberbürgermeister Hübschmann vor dem Rat der Stadt zur Ruhe und zu Versöhnung auf. Am 13. August ruhte die Arbeit. Eine vieltausendköpfige Menge trug einen Teil der zivilen Opfer zu Grabe, ohne daß es zu irgendwelchen Zwischenfällen gekommen wäre [Dokument 5]. Bevor am Donnerstag einige der toten Militärpersonen in Chemnitz beigesetzt wurden, verständigte sich das Garnisonskommando mit den drei Arbeiterparteien, die zusicherten, jede Störung zu verhindern. So erwies eine unbewaffnete Kompanie den gefallenem Soldaten am 14. August die letzte Ehre. Auch in den nächsten Tagen war die Erregung noch groß, aber das Leben der Stadt glitt wieder in normale Bahnen.

Im Hintergrund braute sich neues Unheil zusammen. Schon am 9. August, an jenem Tag, als er mit Vertretern des Chemnitzer Dreizehnerausschusses sprach, hatte Sachsens Militärminister Kirchhof angeordnet, zu einer neuerlichen Aktion gegen die Stadt müsse eine sorgfältige Bereitstellung ausreichend starker Kräfte erfolgen. Reichswehrminister Gustav Noske (SPD) meldete sich aus Weimar zu Wort, wo er mit dem Mandat Chemnitzer Arbeiter in der Nationalversammlung saß. Er forderte nachdrückliches Durchgreifen und die Verhaftung

der führenden Chemnitzer Kommunisten. Reichswehreinheiten wurden im Chemnitzer-Raum zusammengezogen. In der Nacht vom 18. zum 19. August begann das Unternehmen „Sommerreise“. Truppen in Stärke von ca. 9000 Mann besetzten die Stadt in der es zu diesem Zeitpunkt keinerlei Anzeichen zur Gefährdung des öffentlichen und wirtschaftlichen Lebens gab. Sie waren mit Maschinengewehren, Granatwerfern, Geschützen und Flammenwerfern ausgerüstet. Über der Stadt kreisten Militärlugzeuge. Panzerzüge fuhren in die Bahnhöfe ein. Die wichtigsten Plätze, Anlagen, Straßenkreuzungen und öffentliche Gebäude wurden besetzt. Schwere bewaffnete Streifen patrouillierten zu Fuß, zu Pferde und in Panzerwagen durch die Straßen. Es kam zu zahllosen Zwischenfällen. Eine Frau wurde von Reichswehrsoldaten im fahrenden Auto erschossen, Gebäude und Anlagen beschädigt.

Die „Volksstimme“ berichtete:

Chemnitz unter Militärgewalt

Auf dem Körnerplatz hat unter dem endlich blau und friedlich lachenden Morgenhimmel eine Zauberhand über Nacht einen Drahtverhau erstehen lassen, wie es einem Stützpunkt in Arras oder im Steingeklüfte des Isonzo nicht besser anstünde; stahlhelmbewehrte Soldaten bewachen die Ecken und Kreuzungen der Straßenzüge, Kanonenmündungen starren auf den Rathausplatz, und Panzerautos fuhren auf, aus den Schulen sind die Jungens fort und die Eisenmänner eingezogen.²⁵

Das Militär nahm Verhaftungen und Haussuchen vor. Auch Fritz Heckert und Heinrich Brandler wurden, wie es Gustav Noske gefordert hatte, inhaftiert, ersterer auf die Festung Königsstein gebracht. Beide wurden im September 1919 wieder entlassen.

Die Reichswehr besetzte und durchsuchte auch die Redaktion der KPD-Zeitung „Der Kämpfer“. Man „fand“ dort mehrere jener Flugblätter, die vordem 8. August die Stimmung angeheizt hatten. Eines dieser Dokumente sieht folgendermaßen aus.

Achtung: Arb. Männer u. Frauen!!!

Gebt den Herrschaften, den Kriegsprovitler und Großwucherer richtige Antwort, indem Ihr demonstriert: Sammelstelle; Schloßteich früh 8. Uhr. Dienstag den 5. August 19. Wo bleibt der Zucker, Kartoffeln u.a. mehr, warum so teure Preise, woanders giebt zu enorm billigeren Preisen, zeigt keine Furcht vor den Brudermördern, und beschützern des Großkapitals, den Noskejünglingen, kommt alle Ein Revolutionär.²⁶

Die primitive Unterstellung, diese Machwerke seien von der Kämpfer-Redaktion produziert worden, tat die beabsichtigte Wirkung. Jetzt wurden die Kommunisten und teilweise die Unabhängigen als einzig Schuldige an dem Blutbad hingestellt. In der Geschichtsschreibung schien diese verzerrte Einschätzung der Ereignisse längst überwunden. Gerald D. Feldmann stellte schon 1992 fest, daß nicht die Kommunisten die Augustereignisse auslösten.²⁷ Desto eigenartiger mutet es an, wenn in einem neueren, fundierten und quellenreichen Geschichtswerk ohne Quellenangabe diese Tonart wieder auflebt. Es heißt dort, in Chemnitz sei es seit dem 4. August zu Hungerunruhen gekommen, „die sich durch das Schüren von antisemitischen Kreisen und der kommunistischen Agitation rasch ausbreiteten.“²⁸ Was die Chemnitzer Kommunisten betrifft, sind keine Quellen dafür zu finden, außer denen, die Reichswehroffiziere nach der Besetzung der Druckerei des „Kämpfer“ offerierten. Damalige Chemnitzer Kommunisten lassen sich nicht auch nur andeutungsweise in die Nähe „antisemitischer Kreise“ rücken.

Diese so widersprüchlichen, in vielem nebulös bleibenden und für viele Menschen so tragischen Ereignisse belasteten das Verhältnis der Chemnitzer Arbeiterschaft zur Weimarer Republik schwer. Die Nationalversammlung hatte eine Verfassung erarbeitet, für deren demokratische Grundsätze Chemnitzer Arbeiter jahrzehntelang mit großem Engagement eingetreten waren und Opfer auf sich genommen hatten. Jetzt waren sie bitter enttäuscht von dem eklatanten Widerspruch zwischen Verfassungsnormen und Verfassungsrealität. Das Geschehen vom August 1919 wurde zu einem Schlüsselereignis für Chemnitzer Arbeiter und hinterließ im politischen Agieren ihrer Führer zumindest bis Herbst 1923 deutlich erkennbare Spuren.

Jene Chemnitzer Sozialdemokraten die im Dreizehnerausschuß mit den Kommunisten und Unabhängigen zusammengearbeitet und den Feind „rechts“ ausgemacht hatten, waren außerordentlichem Druck innerhalb der eigenen Partei ausgesetzt. Sie handelten nicht nur gegen die Positionen der sozialdemokratischen Regierungen im Reich und im Land sowie gegen den Parteivorstand in Berlin, sondern auch gegen die Auffassung des Chemnitzer Parteivorsitzenden Max Müller. Dieser akzeptierte am Vormittag des 8. August, im Gegensatz zu den Ausschußmitgliedern, den verschärften Belagerungszustand.²⁹ Zum Verbot der „Volksstimme“, die am 9. August jenen in den Augen der sozialdemokratischen Regierungen und Parteileitungen so skandalösen Artikel publiziert hatte, konnte man sich nicht entschließen, das traf nur den „Kämpfer“. Der Chefredakteur der „Volksstimme“ wurde zu einer „Aussprache...über die Haltung der Zeitung“³⁰ zu einem Regierungsbeauftragten befohlen. Ein Protokoll des Gespräches gibt es leider nicht, aber die Vorgehensweise gegen die Chemnitzer Arbeiterpresse erinnert doch sehr stark an die Praxis während des Sozialistengesetzes.

Der Einmarsch der Reichswehr in die völlig ruhige Stadt machte der Chemnitzer SPD schwer zu schaffen. „Man sage uns einen stichhaltigen Grund, und wir werden ihn den Arbeitern verständlich machen“, klagte die „Volksstimme“ schon am 19. August. Am 23. August fand unter der Regie Max Müllers eine Parteiversammlung des 16. Reichstagswahlkreises zur Vorbereitung des sächsischen Landesparteitages statt. Eine Behandlung der akuten Chemnitzer Probleme war laut Tagesordnung nicht vorgesehen. Müller glaubte, mit einer lapidaren Erklärung am Schluß durchzukommen. Daraufhin erzwangen die Teilnehmer eine Vertagung. Als in der Fortsetzung am 28. August endlich der Reichswehreinmarsch zur Debatte stand, schlugen die Wellen hoch. Müller versuchte einleitend, die Diskussion auf die Frage zu reduzieren, „ob wir die Regierung stützen oder uns gegen die eigene Regierung wenden wollen“, im Klartext: Wir können die militärische Besetzung der Stadt nicht verurteilen, weil wir sonst die sozialdemokratischen Regierungen in Sachsen und im Reich schwächen. Dagegen macht Alfred Fellisch massiv Front. Vor allem kritisierte er, daß die Truppen einmarschierten, als in der Stadt absolute Ruhe herrschte. Dann warf er das Kernproblem auf, vordem Chemnitzer Sozialdemokraten standen: „Wir müssen die Massen hinter uns halten! Mit Drahtverhauen und Maschinengewehren ist das nicht möglich. ... Vertrauen der Bevölkerung zur Regierung und zur Partei ist nötig; das wird aber in Stücke geschlagen durch die militärischen Maßnahmen der Regierung.“ Mehrere Redner schlossen sich Fellisch an, einige, wie Georg Landgraf, waren aber auch der Auffassung, „der Einmarsch der Truppen sei nötig gewesen.“³¹ Die Debatte läßt erkennen, das Chemnitzer Sozialdemokraten über keinerlei Informationen darüber verfügten, was sich im Hintergrund abgespielt hatte. So glaubten sie zu diesem Zeitpunkt an die Version von Innenminister Otto Uhlig, die Bataillone seien am 8. August 1919 gegen den Befehl der Reichswehr und nur durch Schuld der Eisenbahnverwaltung zum Chemnitzer Hauptbahnhof und nicht nach Hilbersdorf gelenkt worden. Mehrheitlich wurde folgender Antrag angenommen.

Die am 28. August 1919 im Volkshaus tagende Parteiversammlung ist mit der den Einzug der Reichswehrtruppen ablehnenden Haltung der Parteileitung einverstanden, indem sie die kriegerrische Besetzung der Stadt mißbilligt.³²

„Die Chemnitzer Richtung“

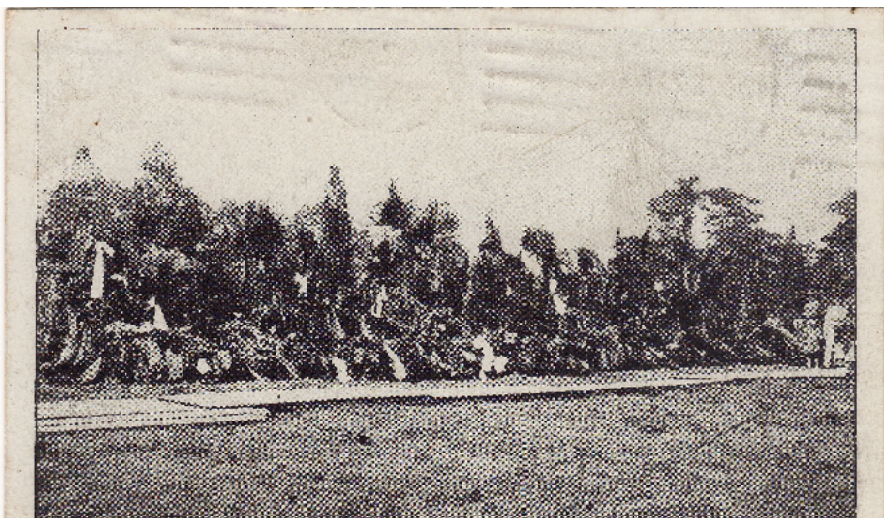
Die Resolution deutet einen Umbruch in der Chemnitzer Sozialdemokratie an. Max Müller erlitt eine Niederlage, wenn diese auch hinter den Formulierungen geschickt versteckt wurde. Das hatte es seit 1911, als Müller Vorsitzender der Chemnitzer Sozialdemokraten wurde, noch nie gegeben. Immer war unter seiner Regie, lange gestützt von Ernst Heilmann und Gustav Noske, alles wie am Schnür-

chen gelaufen.

So beschleunigten die Vorgänge um den 8. August 1919 eine Entwicklung in der Chemnitzer SPD, die sich schon vorher abzeichnete. In der Redaktion der „Volksstimme“ hatten sich seit 1919, als der direkte Einfluß Noskes wegfiel, mit Gustav Slekow und Karl Böchel sehr kritische Köpfe gesammelt. Alfred Fellisch seit 1913 bei der Zeitung und lange Zeit hinter Noske und Heilmann stehend, gesellte sich ihnen zu. Diese Gruppe konnte sich auf zahlreiche Funktionäre wie beispielsweise August Friedel und Joseph Siegnoth stützen, die eng mit dem sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Netzwerk in der Stadt sowie den Betriebsräten verbunden waren. Der Einfluß der verbleibenden Führungspersönlichkeiten alter Prägung wurde zurückgedrängt, obwohl Max Müller Parteivorsitzender blieb. Die „Chemnitzer-Richtung“ in der Sozialdemokratie wurde geboren. Alfred Fellisch gebrauchte den Begriff erstmals in einem Artikel der „Volksstimme“ vom 19. September 1919.³³ Er setzte sich mit Angriffen auf die SPD auseinander und erklärte, was er unter dieser Richtung verstand [Dokument 6]. Damit wurde der Begriff etabliert und einige Jahre als Synonym für außergewöhnlich weit nach links tendierende Positionen innerhalb der SPD gebraucht. Zwischen 1919 und 1920 gaben die Chemnitzer sogar eine eigenen theoretische Zeitschrift heraus, „Die Brücke“. Verantwortlich zeichneten Alfred Fellisch für den politisch-wirtschaftlichen, Gustav Slekow für den geistig-kulturellen und Christoph Paul Siemens für den belletristischen Teil. Artikel verfaßten auch Karl Böchel, Ernst Schwarz, Otto Neurath und andere.³⁴ Die „Chemnitzer Richtung“ dehnte ihren Einfluß in der sächsischen Partei aus. Nach dem Historiker Schmeitzner bekannten sich im Herbst 1919 neben dem Chemnitzer bereits der Glauchau-Meeraner, der Zwickauer, der Auer, der Schwarzenberger und der Plauener Unterbezirk mehrheitlich dazu.³⁵ So wurde Chemnitz zum Ausgangspunkt der Linksentwicklung in der sächsischen SPD, wobei allerdings in Chemnitz selbst, wie auch in den anderen Unterbezirken stets ein rechter Flügel mehr oder weniger starke Positionen beibehielt.

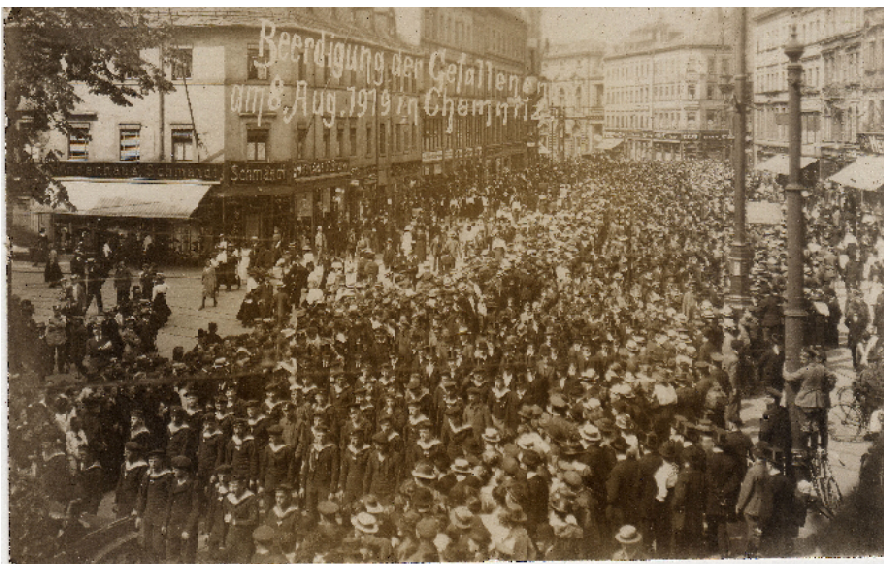
Die Abkehr deutscher Arbeiter von den „Regierungssozialisten“ war in den Jahren 1919/20 reichsweit verbreitet. Damit ist die Frage nicht beantwortet, warum sich ausgerechnet in Chemnitz, jahrelang in besonderem Maße Hort rechtssozialdemokratischer Positionen, eine solche Richtung herausbildete. Schmeitzner nennt einige treffende Ursachen, u.a. den Druck, der von der relativen Stärke der Chemnitzer KPD ausging, das Führungsvakuum, daß der Weggang von Ernst Heilmann und erst recht von Gustav Noske hinterließ sowie den Reichswehreinmarsch vom August 1919. Ergänzen müßte man, daß der seit 1919 unter deutschen Arbeitern grasierende „Anti-Noske-Effekt“ in Chemnitz besonders ausgeprägt war.³⁶ Auch zwang nicht nur die relative Stärke der KPD, sondern die ausgesprochen realistische Politik deren Chemnitzer Protagonisten,

Sozialdemokraten zu neuen Überlegungen, wenn sie nicht noch mehr an Einfluß verlieren wollten. Es zeigte sich in kritischen Situationen, daß es in Chemnitz ganz anders als auf Reichsebene, kein unüberwindliches Hindernis für die Zusammenarbeit beider Seiten gab.



Die Beisetzung der Opfer des 8. August.

Begräbnisstätte.



Historische Postkarten von der Beerdigung der Gefallenen

Anhang Dokumente

Dokument 1: 6. Januar 1919

Aus Noskes Bericht über seine Ernennung zum Oberbefehlshaber³⁷

Meiner Meinung, daß nun versucht werden müsse, mit Waffengewalt Ordnung zu schaffen, wurde nicht widersprochen. Der Kriegsminister, Oberst Reinhardt, formulierte einen Befehl, durch den die Regierung und der Zentralrat den Generalleutnant von Hoffmann, der mit einigen Formationen nicht weit von Berlin war, zum Oberbefehlshaber ernannte. Dagegen wurde eingewendet, daß die Arbeiter gegen einen General die größten Bedenken hegen würden.

In ziemlicher Aufregung, denn die Zeit drängte, auf der Straße riefen unsere Leute nach Waffen, stand man im Arbeitszimmer Friedrich Eberts umher. Ich forderte, daß ein Entschluß gefaßt werde. Darauf sagte jemand: „Dann mach' du doch die Sache!“ Worauf ich kurz entschlossen erwiderte: „Meinetwegen! Einer muß der Bluthund werden, ich scheue die Verantwortung nicht!“ Reinhardt meinte, auf den Vorschlag habe er eigentlich immer gehofft. Ein Beschluß wurde mündlich so formuliert, daß Regierung und Zentralrat mir weitgehendste Vollmachten zum Zweck der Wiederherstellung geordneter Verhältnisse in Berlin übertragen. Reinhardt durchstrich den Namen Hoffmann und schrieb dafür den meinen nieder. Meine Ernennung zum Oberbefehlshaber war vollzogen.

Dokument 2: Ende Juli/ Anfang August 1919

In Chemnitz verbreitetes Flugblatt³⁸

Arbeiter! Kennt ihr Eure Führer? Nein!

Haase – Jude

Peirottes (?) - Jude

Marx +- Jude

Wurm – Jude

Thalheimer – Jude

Geyer – Jude

Mühsam – Jude

Hoch – Jude

Schwarz – Jude

Leviné – Jude

Rosa +- Jüdin

Cohn – Jude

Rosenfeld – Jude

Hirsch – Jude

Stadthagen +- Jude

Simon – Jude

Liebknecht +- Jude

Eisner +- Jude

Lipinski – Jude

Singer +- Jude

Herz – Jude

Lassalle +- Jude

Bernstein - Jude

Stein - Jude

Gradnauer - Jude

Davidsohn - Jude

Quark - Jude

Cohen-Reuß - Jude

Tolle - Jude

Südekum - Jude

Sinzheimer - Jude

Sind das Arbeiter, oder Vorkämpfer des jüdischen Großkapitals?

Wachet auf! Man hat euch schmähdlich betrogen!

Dokument 3: 8. August 1919

Verhandlungsergebnis der Stadtverwaltung mit dem Ausschuß der Arbeiter-

parteien³⁹

An das Garnisons-Kommando Chemnitz

Nach mehrstündigen Verhandlungen mit 13 Vertretern der hiesigen Arbeiterschaft sind folgende Forderungen der zu zehntausenden auf dem Königsplatz versammelten Arbeiter gestellt worden:

- Sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes;
- Ausgangsverbot für Reichswehrtruppen;
- Zurückziehung derauswärtigen Truppen;

Die Arbeiterführer haben sich dann, wenn diesen Wünschen entsprochen wird, für Aufrechterhaltung der Ordnung in der der Stadt verbürgt, andernfalls aber die Verantwortung für Unruhen abgelehnt.

Die Forderungen sind dem Reichwehrkommando Dresden Telegraphisch mitgeteilt worden. Rat und Polizeiamt glauben, sie im Vertrauen auf die bestimmte Erklärung der Arbeiterführer und die bisher gute Haltung der Einwohnerschaft befürworten zu sollen. Telegraphische Antwort ist erbeten.

Wir geben nach Lage der Verhältnisse sofortige Aufhebung des verschärften Belagerungszustandes anheim und hoffen, daß das zur Beruhigung der Massen beiträgt.

Besondere Unruhe hat die Aufstellung eines Entfernungsmessers auf den Staatslehranstalten hervorgerufen, dessen Entfernung vor allem gefordert wurde.

Bei Nichterfüllung der Forderungen nehmen die Arbeiterführer an, daß die Arbeiter aller Betriebe morgen feiern werden.

Wir bitten um sofortige Bescheidung an Polizeiamt und Arbeiterrat und schnellste Veröffentlichung der dort getroffenen Entschließung.

Der Rat der Stadt Chemnitz

gez. Dr. Hübschmann, Oberbürgermeister

Dokument 4: 9. August 1919

Artikel aus der „Volksstimme“ zu den Ereignissen vom 8. August⁴⁰

Ein Tag der Opfer

Das blutige Grauen, das so viele deutsche Städte heimgesucht hatte, ist nun auch über Chemnitz hereingebrochen. Seit neun Monaten hatte es die Disziplin und der gute proletarische Geist der organisierten Arbeiterschaft unserer Stadt und ihres Umkreises verstanden, die oftmals gewiß schon recht schwierigen Verhältnisse stets wieder zu entwirren und ohne blutige Opfer einen Ausweg zu finden, die ringsum im Reiche mit ihrem Leben und Glück das neue Werden bezahlen...

Wir behaupten, daß in unverhüllter Weise die Reaktion ihr Haupt zu erheben

gedachte und den gegenwärtigen Augenblick als geeigneten ansah. Die Stadt Chemnitz hat bisher den Ruf genossen, ihre Ruhe, Ordnung und Disziplin auch in den schwierigen Situationen der Revolution aufrecht erhalten zu haben. Was wir der Reaktion warnend immer gesagt haben, ist eingetroffen: Trotz aller Gegensätze, im Falle eines Angriffes der Reaktion auf die Revolution wird die Arbeiterschaft geschlossen zusammenstehen. Dieser Augenblick ist jetzt gekommen. Die Arbeiterschaft möge alle ihre Wachsamkeit anwenden und sich im jetzigen Augenblick nicht von kleinlichen Gründen leiten lassen: *Der Feind steht rechts!* Da gibt es nur noch ein geschlossenes Links. Chemnitz ist ein Musterbeispiel der Ruhe gewesen, aber wenn die Reaktion glaubt, hier Probierexperimente machen zu können, so soll sie auf Granit des festen Geschlossenheitswillen beißen.

Wir schreiben diese Zeilen unter dem furchtbaren Eindruck persönlichen Erlebens der gestrigen Ereignisse und aus glühender Begeisterung für den Sozialismus! Und weil es um dieses großen Zieles willen nicht an der Austragung kleinlicher Differenzen liegen kann, haben wir den Forderungen des Aktionsausschusses unsere Zustimmung gegeben. In diesem ernstesten Augenblick richten wir an die Regierung aus dem bisher friedlichen Chemnitz die Mahnung, den Forderungen zu entsprechen und sowohl Truppen zurückzuziehen oder ihnen zumindest unter allen Umständen die allergrößte Reserve zur Pflicht zu machen. Die Arbeiterschaft verbürgt sich bei ihrem guten Namen für die Aufrechterhaltung der Ordnung und verzichtet gern auf militärische Unterstützung.

Chemnitz ist ein mahnendes Beispiel!

Dokument 5

13. August 1919

Beisetzung ziviler Opfer des Massakers vom 8. August ⁴

Ein glühendheißer, strahlend-wolkenloser Augusttag! Der erste des Erntemonats in diesem Jahre. Und ein richtiger Erntetag. Aber nicht die goldene Frucht des Feldes war dem menschlichen Mäher hier zur Beute geworden, der grause Schnitter Tod hatte seinen Tribut gefordert, und die Garben seiner Sense barg man nun in seiner Scheuer – die bürgerlichen Opfer des unseligen letzten blutigen Freitags trug man hinaus auf den Gottesacker an der Reichenhainer Straße.

Tausende und Abertausende, die ihren Kameraden das letzte Geleit geben wollten, hatten sich um die Mittagsstunde auf dem Königsplatze gesammelt. Kopf an Kopf standen sie gedrängt. Wohl nie hatte der schöne Platz eine so riesige Menschenmenge gesehen, nie gewiß eine so gewaltige aus so traurigem Anlaß. Und rings um den Platz, längs der Königstraße und der anderen Straßen, durch die der Zug sich bewegen sollte, dichtgeschart die Massen der Bevölkerung. In den

Fabriken ruhte die Arbeit, die Geschäfte der Stadt waren geschlossen.

Auf dem Königsplatze hielten kurz vor Abmarsch des Trauerzuges die Herren Bruchardt von der USP und Herr Brandler von der Kommunistischen Partei kurze Ansprachen, in denen sie u.a. die Massen ermahnten, es heute zu keinerlei Zwischenfällen kommen zu lassen. Punkt $\frac{3}{4}$ 1 Uhr setzte sich unter Vorantritt eines Musikkorps der Riesenzug in Achterreien vom Königsplatze aus in Bewegung. Zuerst ungezählte Kranzdeputationen, in ihrer Mitte ein zweites Musikkorps, einige Delegierte auch in ein paar Kutschen. Dann folgten in langer Reihe die Scharen der Männer und Frauen, jung und alt, zumeist in Trauerkleidung. Wohl eine Stunde lang dauerte der mächtige Zug. Er nahm seinen Weg vom Königsplatz durch die Königsstraße über den Johannisplatz, durch die Post-, Reitbahn-, Bernsdorfer und Wartburgstraße nach dem Friedhof. Am Haupteingang an der Reichenhainer Straße löste sich der Zug auf.

Nachdem der Zug am Neuen Friedhof angelangt war, begaben sich die Träger der Fahnen, Banner, Palmenzweige und Kränze auf den Friedhof und nahmen rings um die 12 offenen Gräber Aufstellung. Auch die Abordnungen der beiden städtischen Kollegien hatten sich daselbst eingefunden. Von 3 bis $\frac{3}{4}$ 4 Uhr wurden sodann, während eine Musikkapelle Choräle spielte und eine Sängervereinigung einige der Feier angepaßte Lieder zum Vortrag brachte, die Särge einzeln aus der Halle herangetragen und der Erde übergeben.

Die Gedächtnisrede hielt Herr Pastor Hoffmann von St. Pauli unter Zugrundelegung des Schriftwortes im 31. Psalm: ‚Herr, ich hoffe auf Dich und spreche: Du bist mein Gott, meine Zeit steht in Deinen Händen.‘ Der Geistliche führte u.a. aus, daß in den letzten Tagen die Wellen der Erregung hochgegangen seien. Am Grabe aber müßten die Stimmen des Kampfes schweigen, die Anklagen und Leidenschaften verstummen. Der Tod habe eine einigende Kraft, über dem Grabe reichen sich die Gegner die Hände. Alle seien von Schmerz darüber bewegt, daß der Brudergeist nicht stark genug war, das Blutvergießen zu verhindern. Wir seien doch Kinder eines Vaters, Brüder eines Blutes. Wenn wir dessen mehr eingedenk sein würden, dann würde eine größere Einigkeit vorhanden sein. Das geflossene Blut schreie nicht nach Rache, sondern nach Liebe. Diese Erkenntnis solle die Ernte aus der Blut- und Tränensaat sein.

Hierauf legten die Herren Bürgermeister Arlart im Namen der Stadt, Stadtverordnetenvorsteher Straube im Namen des Stadtverordnetengremiums und Friedel im Namen des Arbeiterrates Kränze an den Gräbern nieder. Für die Kommunistische Partei widmete Herr Brandler, für die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Herr Fritzsch und für die Sozialdemokratische Partei im ehemaligen 16. Reichstagswahlkreis Herr Richter den Verstorbenen kurze Nachrufe. Nachdem weiterhin der freien sozialdemokratischen Jugend und ein Vertreter des Gewerkschaftskartells den Dahingeschiedenen kurze Abschiedsworte in die Ewigkeit nachgerufen hatten, fand die eindrucksvolle Trauerfeier gegen

½ 5 Uhr ihr Ende.

Die Namen der hier gemeinsam beerdigten sind: Franz Steiniger (22 J.), Max Arno Ebert (18), Eduard Max Pollmer (42), Ernst Hermann Niemsky (59), Alfred Kempe (33), Hugo Walter Uhlig (30), Arthur Arno Warg (29), Eugen Max Stopp (51), Michael Gustav Frünke (46), Erich Bruno Steinert (17), Emil Gustav Felber (56) und Albert Emil Richter (46). Die 12 Einzelgräber sind am Kopfende verbunden. Einige andere der Gefallenen wurden auf dem hiesigen Nikolaifriedhofe, dem Hilbersdorfer Friedhofe und auf dem Friedhofe in Schönau beerdigt.

Dokument 6: 19. September 1919 Die Chemnitzer Richtung ⁴²
Von Alfred Fellisch

Die sogenannte Chemnitzer Richtung zeichnet sich aus durch ihre Unermüdllichkeit in dem Versuch, mit den Unabhängigen sich wieder zu vereinen, durch die Offenheit und Schärfe der Kritik, die sie auch an etwaigen verfehlten Maßnahmen der sozialistischen Regierung führt. Sie verurteilt die Sorglosigkeit, mit der leider ein großer Teil unserer Sozialdemokratischen Partei den gegenrevolutionären Umtrieben von rechts gegenübersteht. Die Chemnitzer Richtung verlangt den festeren Zugriff des Reiches und des Staates zum Zwecke der Beseitigung der Wildheit, mit der auch heute noch das Großkapital in unserem Wirtschaftsleben haust. Die Chemnitzer Richtung steht den Parteien der rechten mit größtem Mißtrauen gegenüber und kritisiert deshalb auch scharf die Zustände, die sich zur Zeit bei der Reichswehr herausbilden. Sie ruft die Arbeiter zur Wachsamkeit gegenüber diesen Erscheinungen auf und hat sich freigehalten von dem gewagten Optimismus, den der Reichswehrminister Genosse Noske in Dresden an den Tag legte. Dadurch glaubt sie der Sozialdemokratischen Partei den besten Dienst zu erweisen und der Wiedervereinigung des Proletariats die Gasse frei zu machen. Die Chemnitzer Richtung ist festgefügt an die Gesamtpartei. Sie hat keine Ursache, sich von ihr zu trennen, sondern drängt sie vorwärts. Ich bin überzeugt, daß die meisten der sächsischen Arbeiter schon lange zur „Chemnitzer Richtung“ gehören. Und das ist gut so. Unsere Partei wird mit dieser Taktik gut bestehen, denn sie wird die erste und oberste Voraussetzung jedes erfolgreichen sozialistischen Kampfes schaffen, indem sie der Partei das feste Vertrauen der Arbeiter wieder erringt.

Quellen

¹ Die Zahlen sind dem Bericht des sächsischen Innenministers Otto Uhlig, dem sie zu diesem Zeitpunkt exakt vorliegen mußten, an die sächsische Volkskammer vom 29. Januar 1920 entnommen. Allerdings ist nicht klar, ob er sie ebenso exakt wiedergegeben hat, da an seinem Bericht ohnehin einiges zweifelhaft erscheint. Die Zahl der verwundeten Reichswehrangehörigen gibt Uhlig mit 80 an, die der Zivilisten sei nicht genau zu beziffern, da sich keineswegs alle in ärztliche Behandlung begeben hätten (Hier nach Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden, Mdl, Nr. 11076a, Bl. 24).

² Zur Entstehung der Reichswehr vgl. Karl Nuß, *Militär und Wiederaufrüstung in der Weimarer Republik*, Berlin 1977. Neuerdings zur Entwicklung des Militärs in Sachsen während dieser Zeit Heiko Bohmann, *Das sächsische Militärwesen nach dem Ersten Weltkrieg. Die Freiwilligen Grenzjäger-Brigaden 1 und 2*, Magisterarbeit Chemnitz 1999.

³ Bohmann, S. 24.

⁴ Gustav Noske, *Von Kiel bis Kapp*, S. 172.

⁵ Ganz unbekannt war Antisemitismus freilich auch in Chemnitz nicht. Er hat nach Ernst Heilmann in den 1890er Jahren eine größere Rolle im Mittelstand gespielt, der sich von der rasch anwachsenden Großindustrie bedroht sah, ohne allerdings im gleichen Maß auszufern wie nach dem Weltkrieg (vgl. Ernst Heilmann *Geschichte der Arbeiterbewegung in Chemnitz und dem Erzgebirge*, Chemnitz 1912, S. 267); vgl. auch Michael Schäbitz, *Die jüdische Gemeinde Chemnitz im Schatten des Antisemitismus*, in: *Juden in Chemnitz. Die Geschichte der Gemeinde und ihrer Mitglieder*, Dresden 2002, S. 23-31.

⁶ Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden, Mdl, Nr. 11076, Bl. 360.

⁷ *Der Kämpfer*, 8. August 1919 (hier zitiert nach Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden, Mdl, Nr. 11076, Bl. 129). Vgl. auch Walter Berthold, *Die Kämpfe der Chemnitzer Arbeiter gegen die militärische Konterrevolution im August 1919*, in: *Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung* 1 (1962), S. 129.

⁸ *Volksstimme*, 8. August 1919 (hier zitiert nach Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden, Mdl, Nr. 11076, Bl. 134).

⁹ Rudolph, Karsten, „Die Sächsische Sozialdemokratie vom Königreich zur Republik (1971-1923)“, 1995, S. 233.

¹⁰ Die Stadtverwaltung verhielt sich äußerst kooperativ und versuchte, das Schlimmste zu verhindern. Gerüchte, die später umgingen, Oberbürgermeister Hübschmann habe die Reichswehr nach Chemnitz gerufen, sind falsch.

¹¹ Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden, Mdl, Nr. 11076, Bl. 214.

¹² Ebenda.

¹³ In späteren offiziellen Berichten wurde die Versammlung dann immer als „kommunistisch“ charakterisiert. In der regionalen DDR-Geschichtsschreibung übernahm man bereitwillig diese billige Fälschung, weil man die führende Rolle der Kommunisten herausstellen wollte.

¹⁴ Arno Bruchardt, *Das Chemnitzer Blutbad am 7. und 8. August 1919*. Von

der Lebensmitteldemonstration zum Straßenkampf, Leipzig 1919.

¹⁵ Vgl. Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden, Mdl, Nr.11076, Bl. 221.

¹⁶ Vgl. Helga und Hansgeorg Meyer, „Fritz Heckert. Lebensbildnis eines Zeitgenossen, S. 186

¹⁷ Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden, Mdl, Nr. 11076, Bl. 14.

¹⁸ Vgl. Ebenda, Bl. 24.

¹⁹ Ebenda, Bl. 115.

²⁰ Ebenda, Bl. 310.

²¹ Ebenda, Bl. 24.

²² Sächsisches Militärvereinsblatt, Dresden, 4. August 1933.

²³ Vgl. Berthold, S. 135.

²⁴ Vgl. Chemnitzer Tageblatt, vom 12. August 1919.

²⁵ *Volksstimme* 19. August 1919.

²⁶ *Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden, Mdl Nr. 11076, Bl. 207.*

²⁷ „It was not the Communists, however, who set off the events of August.“, Feldmann, Gerld D. „Laborunresting Strikes in Saxony, 1916 - 1923, in: *Strikes social conflict an the First World War, 1992* S.309.

²⁸ Schmeitzner, Mike, „Alfred Fellisch, 1949-1973, „Eine politische Biografie, 2006S. 125

²⁹ Vgl. Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden, Mdl, Nr.11076, Bl.221.

³⁰ Ebenda, Bl. 322.

³¹ *Volksstimme*, 29. August 1919.

³² *Ebenda.*

³³ Fellisch ist aber nicht der Urheber des Begriffs „Chemnitzer Richtung“. Er bezieht sich auf einen Artikel in der „Chemnitzer Allgemeinen Zeitung“, in dem dieser verwendet wurde.

³⁴ Zur „Chemnitzer Richtung“ und zur „Brücke“ ausführlich Schmeitzner, S. 113-244.

³⁵ Ebenda, S. 131.

³⁶ Möglicher Weise konnte Noske das zeitweilig noch einmal überspielen. Er sprach am 7. November 1919 im Chemnitzer Volkshaus. Im Bericht der „Volksstimme“ einen Tag später hieß es, er hätte mit anderthalbstündiger Rede die Massen vollständig von der Richtigkeit seiner Politik überzeugt und sie hätten ihm einmütig das Vertrauen ausgesprochen. Der tatsächlichen Stimmung unter der Masse der Chemnitzer Arbeiter entsprach diese Position allerdings nicht mehr.

³⁷ Gustav Noske, *Von Kiel bis Kapp*, Berlin 1920, S. 68.

³⁸ Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden, Mdl, Nr. 11076, Bl. 365.

³⁹ Ebenda, Bl. 214B, Bl. 215.

⁴⁰ *Volksstimme*, 9. August 1919.

⁴¹ Chemnitzer Tageblatt, 14. August 1919.

⁴² *Volksstimme*, 19. September 1919.



Denkmal auf dem
Bahnhofsvorplatz
von Chemnitz,
geschaffen von
Bildhauer Hanns
Diettrich (1905-
1983)



Autor des Hauptteiles: Karlheinz Schaller
Vorwort: Enrico Hilbert, Vorsitzender VVN-BdA Chemnitz
Herausgeber:
Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes-
Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten e.V.
VVN-BdA Chemnitz
Rosenplatz 4, 09126 Chemnitz
www.vvn-bda-chemnitz.de
August 2019
Denkmal-Fotos: Jonny Michel, Hist. Fotos: Archiv
Gestaltung: Jonny Michel, Chemnitz
www.nachpoliert.info



Hanns Diettrich



Bildhauer Hanns Diettrich am Modell
des Augustuskämpfer-Denkmal

Hanns Diettrich wurde am 04. April 1905 in Jahnsdorf/Erzgebirge in einer Strumpfwirkerfamilie geboren.

1924 ging er nach Chemnitz und absolvierte dort eine Lehre zum Bildhauer und Steinmetz.

Von Anfang an hatte er den Wunsch, sich künstlerisch zu bilden und tätig zu werden. Die Zeit nach der Arbeit nutzte er intensiv zum Zeichnen und Malen.

Seine Lehrer in dieser Zeit waren die Malerin und Grafikerin Martha Schrag und der Bildhauer Heinrich Brenner. Hanns Diettrich wurde Mitglied der Chemnitzer Kunsthütte.

1930 trat er der Assoziation Revolutionärer Bildender Künstler Deutschlands (ASSO) in Dresden bei und bekam Kontakte zu Künstlern wie dem Bildhauer Prof. Eugen Hoffmann, den Malern und Grafikern Hans und Lea Grundig, dem Maler Otto Griebel. Ermutigt durch Aufträge, wie die Gestaltung der Uhr mit zwei liegenden Sportlern in der Kassenhalle des Stadtbades Chemnitz. 1934/1935 bestimmte die freie bildhauerische Tätigkeit das zukünftige Schaffen Hanns Diettrichs. Von 1937 bis 1943 war der deutsche Bauhausmeister für Plastik und Gefäßgestaltung, Prof. Gerhard Marcks, in Berlin, sein Lehrer.

Dieser Kontakt bestand bis zum Tode von Marcks 1981.

1945, nach Kriegsende, engagierte sich Hanns Diettrich gemeinsam mit Karl-Schmidt-Rottluff und der Ärztin Dr. Gertrud Korb für die Gründung des Kulturbundes in Chemnitz. Hanns Diettrich starb 1983.